

LRH / Initiativprüfung / eHealth-Strategie des Landes Oberösterreich

Umsetzung verzögert; IT des Hauptprojektpartners gespag hat intern massive Probleme

Oberösterreich war mit seiner 2008 erstellten eHealth-Strategie bundesweit Vorreiter im elektronischen Austausch von Gesundheitsdaten. Die elektronische Gesundheitsplattform sollte ab 2014 allen Bürgern Zugriff auf die eigenen Gesundheitsdaten ermöglichen. Manche Krankenhausträger haben eigene Interessen allerdings vor jene des Landes gestellt, indem sie parallele Infrastrukturen errichtet haben.

Grundsätzlich begrüßt der LRH die führende Rolle Oberösterreichs in diesem Zukunftsfeld. Das Fehlen des bundesweiten ELGA-Gesetzes bis Ende 2012 hat die Umsetzung der eHealth-Strategie aber erschwert. Zudem hat sich die Errichtung der elektronische Gesundheitsplattform im Projektverlauf von einem reinen Umsetzungs- zu einem Entwicklungsprojekt verändert. Mit gravierenden Folgen: Mittlerweile ist die Umsetzung um ein Jahr verzögert, wobei Teilbereiche der eHealth-Strategie überhaupt noch offen geblieben sind. Zudem sind aktuell weniger Berufsgruppen und Systempartner an Bord, als ursprünglich geplant.

"Das Land stellt für die Umsetzung der eHealth-Strategie 7,2 Mio. Euro bereit. Davon wurden bis Ende 2012 knapp 3 Mio. Euro – widmungsgemäß – verwendet und verbraucht", führt LRH-Direktor Ing. Dr. Friedrich Pammer aus, "wir regen aber eine Prüfung an, welche Ausgaben der eHealth-Strategie durch Beiträge aus dem ELGA-Budget kompensiert werden können". Weil das ELGA-Gesetz eine Verpflichtung für alle Systempartner zur Teilnahme am Datenaustausch vorsieht, können aus oberösterreichischer Sicht 370.000 Euro für deren Einbindung eingespart werden. Das Budget könnte so von 7,2 Mio. Euro auf 6,83 Mio. Euro gesenkt werden.

gespag: Rund 1,5 Mio. Euro Verluste bei externen Dienstleistungen

Als Betreiber der elektronische Gesundheitsplattform war die Gesundheitsinformatik der gespag technischer Hauptprojektpartner des Landes bei der Umsetzung der eHealth-Strategie. Eine vertiefte Prüfung hat rund 1,5 Mio. Euro Verluste der gespag bei externen Dienstleistungen aufgezeigt.

Die Gesundheitsinformatik der gespag hatte 2012 ein Jahresbudget von rund 23,6 Mio. Euro. Zahlreiche Reorganisationen hatten eine Sonderstellung innerhalb des Unternehmens geschaffen: Um den Preis, dass sogar die IT-gestützte Aufnahme und Abrechnung von Patienten im Herbst 2012 kurzfristig einem hohen Ausfallrisiko ausgesetzt waren. Durch ein

Nummer 270 vom 26. April 2013

noch während der LRH-Prüfung beauftragtes Projekt zur organisatorischen Einbindung der Gesundheitsinformatik in die Kaufmännische Direktion wird diese "Firma in der Firma" aber beseitigt.

Bis 2012 hat die Gesundheitsinformatik aus ihren Geschäften mit Dritten kumulierte Verluste in Höhe von rund 1,5 Mio. Euro erzielt. "Diese Ergebnisse beeinflussen den Abgang der gespag und belasten somit den Landeshaushalt", merkt Pammer kritisch an. Diese Zahlen wiegen umso schwerer, als dass von Seite des Eigentümers wiederholt ein Gewinnerfordernis aus derartigen Geschäften ausgesprochen worden war. Rund 1,3 Mio. Euro an technischer Erstinvestition waren notwendig, um die Leistungen anbieten zu können. Dieses strategisch relevante Projekt wurde ohne Beschluss des Vorstands außerhalb des Budgets beauftragt.

"Schaut man in die Zukunft, sehen die externen Planungsrechnungen frühestens 2018 einen Verlustausgleich vor", betont Pammer. Beispielsweise wird ein Zusammenarbeitsprojekt mit den Spitälern in Niederösterreich frühestens 2021 eine "schwarze Null" erreichen.

Rund 1,6 Mio. Euro Mehrkosten für eine IT-gestützte Bildungssoftware (Veranstaltungsmanagement)

Verbesserungsmöglichkeiten sieht der LRH auch beim Projekt Veranstaltungsmanagement, das sich lediglich im Teileinsatz befindet. Der LRH kritisierte das mangelhafte Projektmanagement. Bei Auftragserteilung wurden 870.000 Euro als Projektkosten für das Veranstaltungsmanagement genannt. Die Dokumentation der gespag nennt mehrmals Kostenschätzungen von deutlich mehr als 2,5 Mio. Euro für dieses Teil-Projekt.

"Weil geeignete Aufzeichnungen gefehlt haben, konnten die tatsächlichen Kosten für das Projekt im Verlauf der Prüfung nicht festgestellt werden", kritisiert der LRH-Direktor, "laut Satzung ist die gespag zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet." In den wesentlichen Berichten sowie Vorstands- und Aufsichtsratsprotokollen zum Projekt Veranstaltungsmanagement waren die Mehrkosten von 1,6 Mio. Euro auch nicht angeführt. "Hier ist aus unserer Sicht eindeutig eine klarere Festlegung für die Berichterstattung des Vorstandes an den Aufsichtsrat notwendig", erklärt Pammer abschließend. (schluss) ri

Weitere Informationen unter <http://www.lrh-ooe.at>.

Rückfragen an Dr. Friederike Riekhof unter (+43 732) 7720 – 140 91 oder
mobil 0664 / 60072 14091